



Die schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Krümmel (links) und Brunsbüttel sind seit längerer Zeit außer Betrieb. Jetzt soll ihr Rückbau geregelt werden. Fotos: Roessler, Gambarini/epa

Wohin mit dem Müll der Atomkraftwerke?

Schleswig-Holsteins Umweltminister Habeck will mit allen Beteiligten einen „Entsorgungspakt“ schmieden

Kiel. Grüne Wiese statt Atommeiler – vielleicht in einem Vierteljahrhundert oder auch später wird das in Brunsbüttel oder Krümmel so sein. Für die abgeschalteten Kraftwerke laufen die Rückbauanträge von Betreiber Vattenfall. An beiden Standorten werden außer Atomabfall einige Hunderttausend Tonnen Müll anfallen, der nicht radioaktiv belastet ist. Über den Umgang damit beriet Umwelt- und Energieminister Robert Habeck gestern in Kiel mit Vertretern von Entsorgungswirtschaft, Umweltverbänden, Landtagsfraktionen, Kommunen und Kraftwerksbetreibern. Als Ziel nannte der Minister einen Entsorgungspakt.

Es war die erste Runde dieser Art. Im Fall Brunsbüttel wird mit etwa 300 000 Tonnen Material gerechnet, 98 Prozent davon – Stahl, Beton, Lampen, Waschbecken, Treppengeländer und vieles mehr – sind nach Ministeriumsangaben nicht radioaktiv belastet. Das Aller-

meiste davon könne recycelt und zum Beispiel im Straßenbau verwendet werden. Nur ein kleiner Teil müsse auf Deponien. Dort könnte es in der Bevölkerung Akzeptanzprobleme geben – auch deshalb will Habeck möglichst früh mit allen Beteiligten über die Problematik reden.

Schätzungsweise 15 000 Tonnen Material je Kraftwerk müssen über mehrere Jahre hinweg auf Deponien gebracht werden, wo sie schnell verbaut werden sollen. Zum Vergleich: Die Deponien im Land nehmen jährlich insgesamt etwa eine Million Tonnen Abfall auf. Für den Müll aus den Atomkraftwerken kommen laut Ministerium etwa zehn Deponien im Land infrage, aber auch Anlagen außerhalb Schleswig-Holsteins.

Über den Rückbauantrag für Brunsbüttel soll 2017 entschieden werden; im Fall Krümmel eventuell 2018. Mit dem Anfall größerer Müllmengen wird aber erst in den 20er

Jahren gerechnet. Ein kompletter Rückbau könnte 20 Jahre dauern.

Die erste Gesprächsrunde offenbarte auch Differenzen, zum Beispiel mit Naturschützern im Hinblick auf zulässige Strahlenbelas-

Wendelstein 7-X

19 Jahre nach dem ersten Antrag auf Errichtung einer Anlage für das Kernfusionsexperiment „Wendelstein 7-X“ wird nun die Betriebsgenehmigung erteilt. Voraussichtlich in der kommenden Woche werde dieser Schritt erfolgen, sagte der Direktor des zuständigen Landesamts für Gesundheit und Soziales, Heiko Will. Alle technischen Voraussetzungen beim Greifswalder Max-Planck-Institut für Plasmaphysik seien erfüllt, nun könnten die Experimente starten. Bei der Kernfusion soll Energie wie auf der Sonne durch die Verschmelzung von Atomkernen gewonnen werden.

tungen. Derzeit gelten für einen Menschen zehn Mikrosievert im Kalenderjahr als unbedenklich. „Da geht keine Gefahr für die Bevölkerung aus“, sagte der Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit. Dieser Wert liegt laut Bundesregierung weit unterhalb der Dosen durch natürliche radioaktive Strahlung und unterhalb der Strahlungspegel, die im Alltag auftreten. So betrage die natürliche Strahlenbelastung in Deutschland durchschnittlich 2400 Mikrosievert pro Jahr, typische Werte einer Röntgenaufnahme schwanken zwischen 100 und 1000 Mikrosievert. Zehn Mikrosievert liegen auch deutlich niedriger als radioaktive Belastungen aus Nahrung oder Zigaretten.

Dennoch forderte der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND), den Grenzwert auf ein Mikrosievert zu senken. Das Zehn-Mikrosievert-Konzept sei nach neueren medizinischen und wissenschaftlichen Er-

kenntnissen nicht mehr haltbar. Der BUND verlangte auch, Material, das eine Ganzkörper-Dosis von einem bis zehn Mikrosievert verursachen könnte, auf dem jeweiligen Kraftwerksgelände in einem schon bestehenden Gebäude einzulagern. Ingo Ludwichowski vom Naturschutzbund (Nabu) Schleswig-Holstein sieht das ähnlich. „Dieses schwach belastete Material sollte man auf dem Kraftwerksgelände in einem hermetisch abgeriegelten Gebäude belassen“, sagte er. „Das getrennt zu lagern, halte ich für sympathischer, als damit durchs Land zu fahren“, so Ludwichowski. Beim Transport und auf Deponien könnte das Material sonst auch mit anderen Dingen vermischt werden. Dies lehnte Habeck ab. Er kündigte weitere Veranstaltungen an. Die große Masse eines Atomkraftwerkes sei nicht radioaktiv kontaminiert. Das müsse durch die Freisetzung nachgewiesen werden, sagte Detlef Matthiessen (Grüne). *cri*